



Das Thema „Rohstoffe“ im geplanten Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung

Die designierten Regierungsparteien SPD, Grüne und FDP haben am 24. November 2021 den Entwurf ihres Koalitionsvertrages für die Legislaturperiode 2021 bis 2025 auf Bundesebene vorgelegt. Der Entwurf muss bei Redaktionsschluss noch von den jeweiligen Parteigremien – bei den Grünen durch eine Mitgliederbefragung – bestätigt werden.

Inhalte zur Rohstoffpolitik

Der geplante Koalitionsvertrag enthält im Kapitel Wirtschaft auf den Seiten 34 bis 36 einen Abschnitt „Rohstoffe, Lieferketten und Freihandel“. Dieser Abschnitt soll an dieser Stelle zunächst dokumentiert und nur sehr kurz kommentiert werden; darin heißt es auszugsweise wörtlich:

„Rohstoffe, Lieferketten und Freihandel“

Wir wollen unsere Wirtschaft bei der Sicherung einer nachhaltigen Rohstoffversorgung unterstützen, den heimischen Rohstoffabbau erleichtern und ökologisch ausrichten.

Wir wollen das Bundesbergrecht modernisieren

Wir wollen das ökonomische und ökologische Potenzial des Recyclings umfassend nutzen, den Ressourcenverbrauch senken und damit Arbeitsplätze schaffen (Produktdesign, Recyclat, Recycling). Die Genehmigungsprozesse für ungebundene Finanzkredite werden wir beschleunigen, ohne Nachhaltigkeitsstandards zu senken.

Wir unterstützen ein wirksames EU-Lieferkettengesetz, basierend auf den UN-Leitprinzipien Wirtschaft und Menschenrechte, das kleinere und mittlere Unternehmen nicht überfordert. Das Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten wird unverändert umgesetzt und gegebenenfalls verbessert. Wir unterstützen den Vorschlag der EU-Kommission zum Gesetz für entwaldungsfreie Lieferketten. Wir unterstützen das von der EU vorgeschlagene Importverbot von Produkten aus Zwangsarbeit.

Wir wollen den regelbasierten Freihandel auf Grundlage von fairen sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Standards stärken und sprechen uns für eine deutsche und europäische Handelspolitik gegen Protektionismus und unfaire Handelspraktiken aus. Damit garantieren wir Wohlstand und nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Wir set-

zen uns für die Stärkung des Multilateralismus und für die Weiterentwicklung der Welt handelsorganisation (WTO) ein, dazu gehört die Erneuerung der Regeln zu marktverzerrenden Subventionen, die Aufhebung der Blockade bei dem Streitbeilegungsmechanismus und eine Ausrichtung am Pariser Klimavertrag sowie den globalen Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen (VN).

Wir unterstützen die Neuausrichtung der EU-Handelsstrategie und wollen die künftigen EU-Handelsabkommen (u. a. mit Chile, Neuseeland, Australien, ASEAN, Indien) mit effektiven Nachhaltigkeitsstandards unter Anwendung eines Streitbeilegungsmechanismus ausstatten. Wir setzen uns auf europäischer Ebene dafür ein, dass bei der Vertragsfortentwicklung durch die regulatorische Kooperation die Entscheidungskompetenzen des EU-Parlaments gestärkt werden.

Wir nutzen das europäische Wettbewerbsrecht und die Stärke des europäischen Binnenmarktes gerade mit Blick auf unfaire Wettbewerbspraktiken autoritärer Regime. Wir unterstützen die Schaffung und Weiterentwicklung der autonomen handelspolitischen Instrumente gegen unfaire Handelspraktiken auf europäischer Ebene.

Die Kreditabsicherungen für Exporte in Form von Hermes-Bürgschaften unterstützen wir gerade auch für KMUs bei Small-Ticket-Finanzierung. Gleichzeitig sollten sie klimapolitischen Zielen nicht entgegenstehen.

Die Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing (German Trade and Investment, GTAI) und das Netz der Außenhandelskammern werden wir stärken. Wir wollen prüfen, ob bei klar definierten Sicherheitsgefährdungen durch die Übernahme kritischer Infrastrukturen, z. B. im deutschen Stromnetz oder im Breitbandnetz, durch ausländische Investoren das rechtliche Instrumentarium ausreicht und ggf. geeignete Instrumente dafür schaffen, damit die Bundesregierung angemessen und schnell reagieren kann.

Rohstoffe im vorigen Koalitionsvertrag vom März 2018

Im Koalitionsvertrag von 2018 hatten CDU, CSU und SPD die Versorgung mit und den sicheren Zugang zu Rohstoffen als entscheidenden Faktor für den Wirtschaftsstandort bezeichnet. Das Rohstoffmonitoring durch die Deutsche Rohstoffagentur sollte weiter ausgebaut und mit einem besonderen Fokus auf Rohstoffe und Zwischenprodukte für Zukunftstechnologien ausgerüstet werden. Die Koalitionsparteien hatten angekündigt, die bestehenden Kompetenzzentren für Bergbau und Rohstoffe in den deutschen Außenhandelskammern zu stärken und dauerhaft abzusichern. Auch Pilot-Mining-Tests für Projekte im Tiefseebergbau sollten vor dem Hintergrund des wachsenden Bedarfs an Hochtechnologie-Rohstoffen unterstützt werden. In Bezug auf den heimischen Bergbau hatte der Koalitionsvertrag 2018 festgestellt: „Wir setzen uns dafür ein, dass heimische Bodenschätze in Deutschland weiterhin wirtschaftlich abgebaut werden können und die dafür notwendige langfristige Investitions- und Planungssicherheit bestehen bleibt.“ Bei Ressourceneffizienz und Recycling (z. B. von „kritischen“ Metallen) war vorgesehen, die Industrie zu unterstützen. Das nationale Ressourceneffizienzprogramm (ProgRess) sollte nach dem Grundsatz „Freiwilligkeit vor Regulierung“ fortentwickelt werden.

Erste Bewertung

Bei der Beurteilung von Koalitionsverträgen ist zu berücksichtigen, wie diese Verträge zustande kommen. Viele politische Grundsatzfragen müssen zwischen potentiellen Koalitionären erörtert werden. In kurzer Zeit werden lange Texte zu verschiedenen Politikbereichen zusammengefügt.

Dennoch: Viele an der Rohstoffpolitik Interessierte werden von dem Vertragsent-



MEHR FORTSCHRITT WAGEN

BÜNDNIS FÜR FREIHEIT, GERECHTIGKEIT UND NACHHALTIGKEIT

KOALITIONSVERTRAG ZWISCHEN SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN UND FDP

SPD.DE / GRUENE.DE / FDP.DE

Rohstoffe für die E-Mobilität

Entwicklungspolitische Perspektiven

© Creative Republic

wurf für die neue Legislaturperiode des Bundestags enttäuscht sein:

Erstens steht Rohstoffpolitik nicht im Zentrum des politischen Interesses der neuen Koalition, sondern die Koalition ist ersichtlich mehr an anderen Themenbereichen interessiert.

Zweitens werden wichtige Herausforderungen nicht behandelt: Recycling ist ebenso wie die heimische Rohstoffgewinnung nur in einem Satz – allerdings sehr positiv – angesprochen. Was die Koalition dazu unternehmen möchte, bleibt nicht nur im Ungefähren, sondern völlig unklar. Die Versorgung mit Rohstoffen aus heimischen Quellen wird mit der Wendung „erleichtern und ökologisch ausrichten“ behandelt, ohne dass im Ansatz erklärt wird, wie dies umgesetzt werden könnte. Die angekündigte Modernisierung des Bergrechts jedenfalls erfolgt bereits laufend. Wichtige Themen des heimischen Bergbaus wie der Beitrag des Bundes zur Ak-

zeptanzsteigerung oder zur Raumplanung und auch der Schutz der eigenen geologischen Daten sind nicht angesprochen. In einem anderen Kapitel geht der Koalitionsvertrag immerhin auf die notwendige Planungsbeschleunigung mit ersten Vorschlägen ein. Ob die Rohstoffgewinnung angesichts vieler Klagen gegen Gewinnungsvorhaben davon profitieren könnte, kann man heute noch nicht beurteilen. Leider sind auch Kernfragen der internationalen Rohstoffmärkte wie die Rohstoffangebotskonzentration nur mittelbar the-

matisiert. Sie sind sicher nicht durch das Lieferkettengesetz zu lösen und eine entsprechende WTO-Änderung wird – wenn sie denn möglich ist – nur langfristig gelingen.

Koalitionsverträge sind Weichenstellungen und sorgen für Erwartungen der Bevölkerung und der Wirtschaft. Der frühere Fußballtrainer *Adi Preißler* sagte „Wichtig ist auf'm Platz“. In diesem Sinne kommt es darauf an, ob und was die Koalition in den kommenden Jahren tatsächlich umsetzt – das gilt auch für die Rohstoffpolitik.

